

Georgien

Gesamteinschätzung

Die Wirtschaft Georgiens hat sich im vergangenen Jahr trotz negativer externer Einflüsse wie der Türkei-Krise und der Wachstumsschwäche in der EU erholt. Das Wirtschaftswachstum betrug 2001 4,5%. Die jahresdurchschnittliche Inflation stieg um 4,7%. Trotz dieser positiven Entwicklung bleiben die strukturellen Probleme bestehen, die eine tiefgreifende Verbesserung der Lage verhindern. Die Industrieproduktion war rückläufig. Es fehlt eine international wettbewerbsfähige Exportindustrie. Die inzwischen endemische Korruption, Abwesenheit von „good governance“, der unsichere rechtliche Rahmen sowie die ins Stocken geratene Privatisierung und Umstrukturierung der Unternehmen stellen zentrale Hemmnisse für die Attraktion neuer Investitionen und damit einer nachhaltigen Produktionssteigerung dar. Höhere Wachstumsraten sind jedoch erforderlich, um die große Armut des Landes zu überwinden und zugleich die politischen und ethnischen Konflikte zu entschärfen.

Die soziale Lage des Landes bleibt bedrückend. Der monatliche Durchschnittslohn erreicht nicht einmal die Hälfte des Existenzminimums einer vierköpfigen Familie, und die Beschäftigung ist gering. Die ausgewiesene Arbeitslosenrate hält sich zwar in den Grenzen, die von Ländern in der Transformationskrise bekannt sind, angesichts der Nichterfassung eines Teils der ländlichen Arbeitslosigkeit und noch erheblicher zurückgestauter Arbeitslosigkeit zeigt sie aber ein zu günstiges Bild.

Zwei weitere wesentliche Probleme des Landes stellen die extrem niedrige Investitionsquote und die mit etwa 15% des BIP auch im internationalen Vergleich geringen Einnahmen der öffentlichen Haushalte dar. Der Kapitalstock kann so kaum für ein ausreichendes Wachstum erneuert werden und der Staat ist nicht in der Lage, Anreize für ein hinreichendes und stabiles Wachstum zu geben. Der Zufluss umfangreicher ausländischer Direktinvestitionen wird durch die schwierigen politischen und ethnischen Verhältnisse, die geringe Kaufkraft und die weitverbreitete Korruption und Rechtsunsicherheit verhindert. Dadurch bleibt die Exportkraft des Landes gering, und obwohl sie in absoluten Größen nicht außergewöhnlich hoch sind, können die Schulden kaum noch bedient werden. Die 2001 vereinbarten Umschuldungsabkommen mit dem Pariser Club und der Mehrheit der bilateralen Gläubiger reduzierten die Schuldenlast und entschärften das Problem kurzfristig. Schon in zwei Jahren droht das Land jedoch vor neuen Liquiditätsengpässen zu stehen. Ohne strikte Reformmaßnahmen, Verbesserungen im Fiskalsystem und die wirksame Bekämpfung der Korruption wird es dem Land daher nicht gelingen, auf einen steileren und langfristigen Wachstumspfad zurückzufinden, der notwendig ist, um die Armut zu überwinden, gesellschaftliche Stabilität zu erreichen und die Schulden in angemessener Weise zu bedienen.

Wirtschaftsentwicklung

Nach einem schwachen Wachstum im Vorjahr von nur 1,9% stieg das BIP im Jahr 2001 um real 4,5%. Es erzielte damit das beste Ergebnis seit der Russlandkrise 1998 und übertraf die Vorjahresprognosen deutlich. Das verhältnismäßig hohe gesamtwirtschaftliche Wachstum spiegelt die Erholung des Agrarsektors, der Bauwirtschaft sowie das starke Wachstum in einigen Sparten des Dienstleistungssektors wider. Häufige Unterbrechungen der Energieversorgung und die Wirtschaftskrise in der Türkei, einem der größten Exportmärkte Georgiens, resultierten hingegen in einem Rückgang der Industrieproduktion. Auch im laufenden Jahr blieb das Wirtschaftswachstum mit real 3,7% im 1. Quartal befriedigend. Insgesamt wird für 2002 ein Wirtschaftswachstum von real 3,5% prognostiziert.

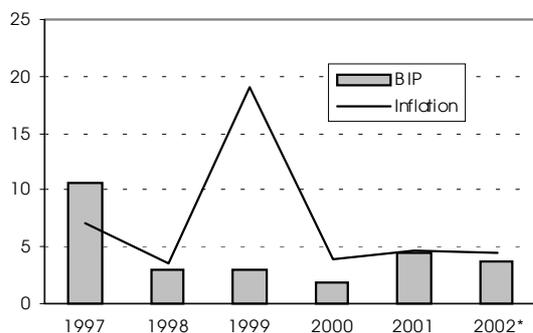
Nach den trockenheitsbedingten Verlusten im Vorjahr erholte sich der Agrarsektor dank insgesamt günstiger Wetterbedingungen und einer verbesserten Qualität des Saatgutes im Jahr 2001. Die Agrarproduktion stieg um real 5,6%. Besonders gute Er-

gebnisse wurden bei der Getreideernte erzielt. Mit einem gegenüber dem Vorjahr verdreifachten Ergebnis dank einer signifikanten Ertragssteigerung pro Hektar (26,7 Zentnern 2000 im Vergleich zu 10,4 Zentnern 2001) erreichte die Weizenernte den höchsten Stand seit 1997. Gute Ergebnisse wurden auch bei Sonnenblumenkernen, Kartoffeln, Zitrusfrüchten und Gemüse erzielt. Die Viehproduktion erholte sich und die Tierbestände stiegen wieder. Das Wachstum in der Landwirtschaft wäre noch stärker ausgefallen, wenn nicht die Trockenheit in den westlichen Regionen des Landes zu Ernteeinbußen in Höhe von 110 Mio. Lari geführt hätte.

Die Erholung im Agrarsektor zeigt auch, dass Georgiens größter Wirtschaftssektor, in dem 58% der Bevölkerung beschäftigt sind, hochgradig wetterabhängig ist und über geringe interne Wachstumsreserven verfügt. Die ungelösten strukturellen Probleme (fehlende bzw. zerstörte Bewässerungssysteme, kleine Betriebsgrößen, Unterkapitalisierung, ungeklärte Eigentumsverhältnisse und Fehlen eines Bodenmarktes) behindern eine nachhaltige Produktionssteigerung.

Nach dem niedrigen und instabilen Wachstum der Vorjahre verzeichnete der Industriesektor 2001 einen Produktionsrückgang von real 4,2%. Verantwortlich für das schlechte Ergebnis waren neben der wirtschaftlichen Stagnation der Türkei und der Krise des Energiesektors vor allem die ausgebliebene Privatisierung der Großbetriebe und die steckengebliebene Restrukturierung der Schwerindustrie. Die Ergebnisse der einzelnen Industriesektoren variierten erheblich. Während die Energieproduktion und die Nahrungsmittelverarbeitung rückläufig waren, verzeichnete der Rest der Industrie einen Anstieg von real 3,7%.

BIP-Wachstum und Inflation
(Konsumgüter/JD) in %



* Prognose.

Die Bauwirtschaft erholte sich mit einem Zuwachs von real 8,1% deutlich und war ein wichtiger Wachstumsmotor 2001. Weitere Zuwächse sind in den kommenden Jahren aufgrund der Errichtung der Gas-Pipeline von Baku über Tbilisi nach Erzurum sowie der Öl-Pipeline von Baku über Tbilisi zum türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan zu erwarten. Mit der Unterzeichnung des bilateralen Abkommens über den Bau der Baku-Tbilisi-Erzurum-Pipeline und seine anschließende Ratifizierung durch das georgische Parlament sowie der Einigung über den Bau der Baku-Tbilisi-Ceyhan-Pipeline ist Georgien der Umsetzung des Plans zum Bau eines Energiekorridors einen wichtigen Schritt näher gekommen. Zugleich sind von den mit diesen Projekten verbundenen Investitionen wichtige wirtschaftliche Impulse für das Land zu erwarten.

Das Wachstum des Dienstleistungssektors stabilisierte sich und lag bei real 6,6%. Die höchsten Zuwächse erzielten das Hotel- und Gaststättengewerbe (34,4%) und der Finanzsektor (36%), gefolgt von Telekommunikation (14,9%), Handel (3,5%) und Transport (3,1%). Die hohen Zuwachsraten bei dem Hotel- und Gaststättengewerbe sowie den Finanzdienstleistungen erklären sich daraus, dass sich beide Sektoren noch im Aufbau befinden.

Insgesamt sind die Wachstums- und Produktivitätszuwächse angesichts der geringen Investitionen und der ins Stocken geratenen Privatisierung und Umstrukturierung der Industrie unzureichend, um die

Armut im Lande zu überwinden und wieder das Produktionsniveau zu Beginn der Transformation zu erreichen. Die zentralen Wachstumsbarrieren sind nach wie vor der Energiesektor, das Ausmaß der Korruption, fehlende Rechtssicherheit und die unsichere politische Lage.

Die ohnehin prekäre Lage der Energieversorgung aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Lage des Energiesektors verschärfte sich mit der Stationierung von US-Truppen in Georgien. Sie führte zu einer Zuspitzung der Spannungen mit den unabhängigen Republiken Abchasien und Südossetien sowie einer drastischen Verschlechterung der Beziehungen zu Russland. Letztere hatte zur Folge, dass die staatliche russische Gas-Gesellschaft wiederholt die Gaslieferungen nach Georgien unterbrach.

Das auch im Vergleich mit anderen GUS-Staaten überdurchschnittliche und sich ausweitende Ausmaß der Korruption auf allen staatlichen Ebenen in Georgien (nach Schätzungen der EBRD werden über 4% der Firmeneinnahmen für Bestechungszahlungen aufgewendet), die willkürliche Implementierung von Gesetzen und Regelungen und der hohe administrative Aufwand wirken sich negativ auf das Investitionsklima in Georgien aus. Mit 5,6% ist die Investitionsquote des Landes eine der niedrigsten unter den Transformationsländern. Bruttokapitalinvestitionen fielen 2001 gegenüber dem Vorjahr um 5,2% geringer aus. Zudem fehlen lukrative Investitionsobjekte. Der unzureichend ausgebildete Finanzsektor beeinträchtigt insbesondere die Entwicklung von kleinen und mittleren Unternehmen, da diese praktisch keinen Zugang zu zinsgünstigen Krediten haben. Entsprechend hoch ist der Anteil der Schattenwirtschaft mit geschätzten 30%-40% des BIP. Der hohe Anteil der Schattenwirtschaft wirkt sich wiederum über staatliche Einnahmeausfälle negativ auf das Wachstum aus.

Arbeitsmärkte, soziale Lage

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt hat sich gegenüber dem Vorjahr verschlechtert. Die Arbeitslosenrate erreichte im dritten Quartal 2001 10,8% nach der strikten ILO-Methode bzw. 14,8% nach der „losen“ Methode und stieg damit um 2,4 bzw. 1,4 Prozentpunkte gegenüber der gleichen Vorjahresperiode. Diese Zahlen verdecken die dramatische Lage am Arbeitsmarkt und ihre Auswirkungen auf die Einkommenssituation der Bevölkerung. Zum einen spiegeln die Zahlen nicht das tatsächliche Ausmaß der Arbeitslosigkeit wider, da Unterbeschäftigung und zurückgestaute Arbeitslosigkeit weit verbreitet sind und die hohe Arbeitslosigkeit im ländlichen Raum dadurch kaschiert wird, dass jeder, der einen Hektar Land besitzt, als „selbständig beschäftigt“ gilt. Real handelt es sich jedoch um eine Selbstversorgerwirtschaft, die in der Regel nicht ausreicht, um den Lebensunterhalt zu decken, so dass nach

Schätzungen die ländliche Arbeitslosigkeit doppelt so hoch ist wie die städtische. Zugleich bläht die „1 Hektar-Definition“ die Erwerbstätigenquote künstlich auf. Sie lag Ende des dritten Quartals bei 68,3%. Das niedrige Arbeitslosengeld und die geringen Aussichten, eine Beschäftigung über die offizielle Arbeitsvermittlung zu erhalten, führen dazu, dass sich Arbeitslose nicht registrieren lassen, so dass eine große Zahl von „discouraged workers“ von der Statistik nicht erfasst wird.

Zum anderen ist der monatliche Durchschnittslohn mit 91,2 Lari so niedrig, dass er gerade einmal 46% des „offiziellen“ Existenzminimums von 118 Lari bzw. 75% des „alternativen Minimums“ von 76,2 Lari beträgt. Da das Existenzminimum einer vierköpfigen Familie 205,2 Lari („offizielles“ Minimum) bzw. 127,8 Lari („alternatives“ Minimum) beträgt, können oftmals nicht einmal zwei Verdiener den Lebensunterhalt der Familie sichern. Legt man die internationale Armutslinie von 2,15 USD pro Person und Tag zugrunde, so wird deutlich, dass die umgerechnet 42 USD pro Monat weit darunter liegen und das Phänomen der „working poor“ weit verbreitet ist.

Das auf dem Umlageverfahren beruhende Sozialhilfesystem ist nicht in der Lage, den Lebensunterhalt zu sichern. Von der staatlichen Sozialhilfe, die sich in erster Linie an Haushalte mit nichtarbeitenden Rentnern und Waisen richtet, erhalten sozialhilfeberechtigte Einzelpersonen seit Februar 2001 monatliche 22 Lari, Familien mit 2 oder mehr Mitgliedern 36 Lari. Die auf 6 Monate begrenzte Arbeitslosenunterstützung beträgt jeweils monatlich 14 Lari im ersten Drittel, 12 Lari im zweiten Drittel und 11 Lari in den letzten beiden Monaten dieser Zeit. Die monatliche Einheitsrente beträgt gerade einmal 14 Lari (6,5 USD) oder 14% des festgelegten Existenzminimums eines durchschnittlichen Konsumenten.

Einnahmenausfallbedingte Kürzungen der staatlichen Löhne und Gehälter, Renten und sozialen Leistungen, Zahlungsrückstände sowie der stetige Rückgang der Sozialausgaben und der Ausgaben für Bildung und Gesundheit haben zur signifikanten Verschlechterung der sozialen Lage im Land beigetragen. Besonders drastisch auch – im Vergleich mit anderen Transformationsländern – war der Rückgang der Sozialausgaben und der Ausgaben für Gesundheit und Bildung in Georgien. 1998, dem letzten Jahr für das vergleichbare Daten vorliegen, betrug der Anteil der Ausgaben für Bildung in den Transformationsländern durchschnittlich 4,3% des BIP, in Georgien 2,3%. Im Gesundheitssektor lagen die Ausgaben im Länderdurchschnitt bei 3,5% des BIP und waren damit mehr als drei Mal so hoch wie in Georgien. Die Sozialausgaben Georgiens betragen weniger als die Hälfte des BIP-Anteils, den Aserbaidschan und Moldawien aufwenden. Das niedrige Niveau der Sozialausgaben ist eine direkte Folge der niedrigen staatlichen Einnahmen.

Das Konsumniveau von rund 60% der georgischen Bevölkerung lag 1999 unterhalb der nationalen Armutslinie. Der Anteil der absolut Armen (mit einem Einkommen von weniger als 25 USD pro Monat pro Erwachsenen) stieg zwischen 1997 und 2000 von 13,5% auf 23% der Gesamtbevölkerung. Auch die Ungleichheit der Einkommen erreichte mit einem Gini-Koeffizienten von 0,40 in 2000 (1997: 0,36) eines der höchsten Niveaus der Transformationsländer.

Langfristig birgt die soziale Lage zusammen mit den anhaltenden ethnischen Auseinandersetzungen ein erhebliches Konfliktpotential und gefährdet die politische Stabilität des Landes. Zugleich beeinträchtigt der Rückgang der Ausgaben für Bildung und Gesundheit auch das Wachstumspotential des Landes.

Staatshaushalt und Fiskalpolitik

In der Fiskalpolitik waren 2001 leichte Verbesserungen zu verzeichnen. Die Einnahmen stiegen gegenüber dem Vorjahr um 17% auf 749 Mio. Lari. Damit blieben sie erneut 10% unter dem für 2001 geplanten Haushaltsansatz zurück, so dass im Oktober eine Sequestrierung der Ausgaben um 164 Mio. Lari unvermeidlich war.

Auch wenn die Steuereinnahmen 2001 um 7% gegenüber 2000 stiegen, bleibt das größte Problem des Staatshaushaltes das niedrige Steueraufkommen. Bezogen auf das BIP beliefen sich die Steuereinnahmen auf 7% des Zentralhaushaltes bzw. 15,2% des konsolidierten Haushalts. Damit lagen sie deutlich unter dem GUS-Durchschnitt von 21%.

Das niedrige Niveau der Steuereinnahmen spiegelt zum einen den hohen Anteil des informellen Sektors wider. Zum anderen ist es eine Folge der stark interessengesteuerten, erratischen Steuerpolitik und der endemischen Korruption. Wiederholte, zum Teil befristete Änderungen des Steuerkodex führten seit 1997 zu einer konstanten Verringerung der Steuerbasis und damit der potentiellen Einnahmen. Eine zuverlässige Steuereinnahmenschätzung ist aufgrund der oftmals erst nach Verabschiedung des Haushalts vorgenommenen Steueränderungen praktisch unmöglich. Angesichts der geplanten „Einsparungen“ ist „rent-seeking“ attraktiv (Schätzungen zufolge reduzieren die an die Steuerbehörde gezahlten Bestechungsgelder die Staatseinnahmen um das Zehnfache). Unsichere rechtliche Rahmenbedingungen führen zu fiskalischen Verzerrungen in der Wirtschaft.

Entgegen anderslautenden Zusagen gegenüber dem IMF und der Weltbank wurden deren Empfehlungen zur Verbreiterung und Stärkung der Steuerbasis nicht befolgt. Die Senkung der inländischen Verbrauchsteuern wurde erst nach Verabschiedung des Haushaltes für 2001 beschlossen, der damit auf zu hohen Einnahmenschätzungen beruhte. Die Verbrauchsteuer auf die im Inland hergestellten Zi-

garetten wurde – im Widerspruch zu den WTO-Obligationen – um die Hälfte reduziert, die Mehrwertsteuer (VAT) auf Elektrizitätsimporte wurde aufgehoben. Die seit November 2001 bis voraussichtlich Oktober 2003 Nichtbesteuerung von Energieprodukten und -verteilung begünstigt in erster Linie den Energiekonzern AES-Telawi. Da er zu einem der potentiell großen Steuerzahlern zählt, sind in den Folgejahren große Steuerausfälle zu erwarten. Über die 2001 begonnene umfassende Steuerreform, die zum 1. Januar 2002 hätte in Kraft treten sollen, wurde hingegen keine Einigung erzielt.

Die Reformen der Steueradministration zeigten erste Erfolge bei den indirekten Steuern. Der Anstieg der Mehrwertsteuereinnahmen um 30% kompensierte den durch die Senkung der Tabaksteuer bedingten Rückgang der Verbrauchsteuern um 7,6%. Der Anteil der Mehrwertsteuer am gesamten Steueraufkommen lag damit bei 69%, der der Verbrauchsteuern bei 17%. Der Anteil der direkten Steuern an den gesamten Steuereinnahmen ist mit 6% (0,3% des BIP) extrem niedrig. Die Einkommensteuereinnahmen gingen um 40%, die Gewinnsteuereinnahmen um 66% zurück. Die Zahlen verdeutlichen die negativen Auswirkungen der hohen Arbeitslosigkeit und Schattenwirtschaft auf das Staatsbudget.

Sequestrierung und Korrekturen im Haushaltsvollzug führten zu einer Kürzung der Ausgaben von geplanten 1.115 Mio. Lari auf 930,5 Mio. Der Schuldendienst, der 12,3% der Staatsausgaben ausmacht, ist nach den Sozialausgaben (26,3%) der zweitgrößte Ausgabenposten. Gegenüber dem Vorjahr sind die Zinszahlungen jedoch um 32% gesunken. Das Haushaltsdefizit betrug im Jahr 2001 181 Mio. Lari (2,8% des BIP) und war somit geringer als geplant. Finanziert wurde es zu 88,1% (160 Mio. Lari) durch ausländische Kredite, die restlichen 11,9% kamen aus inländischen Quellen. Bemerkenswert ist, dass, anders als in den Vorjahresperioden, die Kredite der Zentralbank vor Ablauf der Periode beglichen wurden, so dass die inländische Finanzierung ausschließlich aus Schatzbriefen und Privatisierungseinnahmen erfolgte. Die Staatsverschuldung verringerte sich geringfügig von 73,5% des BIP auf 73,2% des BIP.

Prekär bleibt die Schuldensituation des Landes, das weiterhin in hohem Maße auf ausländische Kredite angewiesen ist. Die Auslandsverschuldung Georgiens erreichte Ende 2001 1,6 Mrd. USD bzw. 50,4% des BIP. Dank des Umschuldungsabkommens mit dem Pariser Club am 6. März 2001 konnte Georgien den Netto-Gegenwartswert seiner externen Verschuldung um 56 Mio. USD auf knapp über 100% der Waren- und Dienstleistungsexporte senken. Er blieb jedoch aufgrund der niedrigen Steuereinnahmen sehr hoch (250% der Staatseinnahmen). Das Abkommen sieht eine Umstrukturierung der in 2001 und 2002 fälligen Tilgungszahlungen auf 20 Jahre, eine dreijährige tilgungsfreie Konsolidierungsperiode und einen gestaffelten Rückzahlungsplan

vor. Außerdem erzielte Georgien bilaterale Umschuldungsabkommen mit 8 von 13 Gläubigerstaaten. Die meisten der Gläubiger stimmten einer Senkung des Zinssatzes auf 3% der konsolidierten Schulden zu. Keine Einigung konnte bis zum Juni 2002 mit Turkmenistan, Georgiens größtem bilateralen Kreditgeber, erzielt werden. Während der bilateralen Verhandlungen setzte Georgien seine Zins- und Tilgungszahlungen gegenüber einigen seiner Gläubiger aus.

Wenn es ihm nicht gelingt, die Steuereinnahmen deutlich zu erhöhen, bleibt die fiskalische Lage des Landes, auch bei erfolgreicher Aushandlung weiterer Umschuldungsabkommen, angespannt. Selbst bei optimistischen makroökonomischen Annahmen sind die erzielten Schuldenerleichterungen nicht ausreichend, um einen Liquiditätsengpass nach Ablauf der Konsolidierungsphase zu vermeiden. Nach Schätzungen des IWF würde der Schuldendienst 2003 und 2004 40% der Einnahmen und über 75% der offiziellen Reserven betragen und dem Land eine Ausgabendisziplin abverlangen, die mit den sozialen Zielen nicht vereinbar ist. Vor diesem Hintergrund ist schon jetzt abzusehen, dass die im Haushalt 2002 veranschlagten Einnahmen von 1039 Mio. Lari und Ausgaben von 1259 Mio. Lari und damit ein Haushaltsdefizit von 220 Mio. Lari unrealistisch sind und weitere Anpassungen im Haushaltsvollzug erforderlich machen werden. Mittelfristige Liquiditätsrisiken bleiben bestehen.

Im Rahmen der „Poverty Reduction and Economic Growth Facility“ gewährte der IWF Georgien 2001 über einen Zeitraum von drei Jahren neue Kredite in Höhe von 108 Mio. SDR, von denen die erste Tranche in Höhe von 27 Mio. SDR bereits ausgezahlt wurde.

Die Erhöhung der Steuereinnahmen durch eine Steuerreform und eine Effizienzsteigerung der Steueradministration muss daher Priorität haben, um die für die wirtschaftliche Stabilität des Landes gefährlich hohe Staatsverschuldung zu reduzieren, einen Liquiditätsengpass zu vermeiden und die Armut im Lande zu senken.

Inflation und Geldpolitik

Die georgische Nationalbank (NBG) hielt im Jahre 2001 an ihrer stabilitätsorientierten Geldpolitik fest und verfolgte einen moderat restriktiven Kurs. Ihr Hauptziel, die Stabilisierung der nationalen Währung und damit die Vermeidung eines Inflationsanstiegs bei einer gleichzeitigen Erhöhung der Währungsreserven, erreichte sie. Die Inflationsrate war mit 3,4% im Dezember 2001 der niedrigste Preisanstieg seit 1996 und lag deutlich unter dem Zielwert von 6%. Die internationalen Währungsreserven beliefen sich zum Jahresende 2001 auf 159,8 Mio. USD.

Der jährliche Kreditzinssatz nominal bewegte sich zum Jahresende 2001 bei 24%. Angesichts fehlen-

der Transmissionsmechanismen ist die Effektivität der Geldpolitik begrenzt. So spielten z.B. Wertpapierpensionsgeschäfte 2001 kaum eine Rolle, da die Zentralbank in der ersten Jahreshälfte den direkten Kauf von Schatzwechseln (T-Bills) stoppte, um einen Anstieg der Kosten der staatlichen Verschuldung zu vermeiden. Im April 2001 entschied sie sich für eine Wiederaufnahme der Wertpapierpensionsgeschäfte und den Kauf von Schatzwechseln. Allerdings gab es nur eine derartige Kaufoperation. Die Zahl der 2001 von der Zentralbank vergebenen Lombardkredite blieb auf drei beschränkt. Der Anstieg des Geldumschlages betrug gegenüber 2000 11%.

Eines der größten Probleme der georgischen Wirtschaft und des georgischen Bankensystems bleibt die hohe, stetig ansteigende Dollarisierung. Sie ist zum einen Ausdruck des geringen Vertrauens in die nationale Währung. Zum anderen ist ein gewisser Hysterisis-Effekt nicht auszuschließen. Trotz eines 23%igen Anstiegs der Einlagen im gesamten Bankensystem blieb der Anteil der Deviseneinlagen sehr hoch. Die Dollarisierungsquote erreichte im Dezember 2001 85,7%, ein Anstieg von 10 Prozentpunkten gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat. Besonders kritisch ist der Anstieg der in ausländischen Währungen denominierten bzw. der Rückgang der Lari-denominierten Kredite privater Unternehmen. Lag der Anteil von Krediten in nationaler Währung 1997 noch bei 60,9%, so fiel er 2001 auf 16,9%. Der hohe Dollarisierungsgrad macht den Bankensektor anfällig für Wechselkursrisiken und externe Schocks.

Fragil ist das Bankensystem Georgiens auch aufgrund der hohen Konzentration der Kredite im Handel, der schlechten Qualität der Aktiva und der Dominanz weniger Großbanken, die im Falle einer Schwäche das ganze Bankensystem zu destabilisieren drohen.

Der Abbau der hohen Dollarisierung ist somit neben dem weiteren Ausbau des Finanz- und Bankensektors und einer soliden makroökonomischen Politik der Schlüssel für die Steigerung des georgischen Wachstums und die Verringerung der Verletzlichkeit gegenüber externen Schocks.

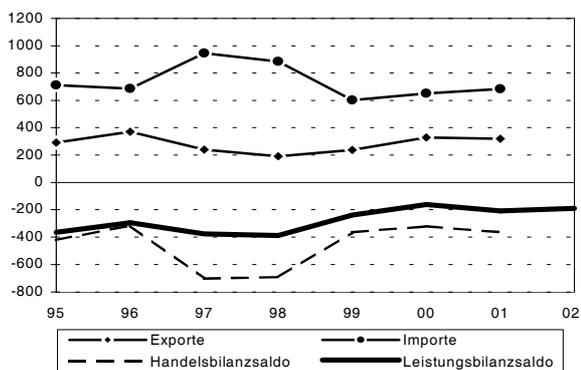
Außenwirtschaft

Georgien hat ein liberales Handelsregime. Auf dem „trade restrictiveness index“ des IWF nimmt Georgien auf einer Skala von 1-10 Platz 2 ein. Im Juli 2001 verhängte das Parlament jedoch ein Exportverbot für Holz bis Ende des Jahres, um illegales Holzfällen weniger lukrativ zu machen. Darüber hinaus wurde Ende 2003 ein Importverbot von nichteisenhaltigem Altmetall verhängt. Das Handelsbilanzdefizit vergrößerte sich 2001 gegenüber 2000 um 13,5% auf 361,1 Mio. USD. Grund für diesen Anstieg war der Rückgang der Exporteinnahmen bei einem gleichzeitigen Anstieg der Import-

ausgaben. Das Sinken der Exporte gegenüber dem Vorjahr um 10 Mio. USD (3%) ist auf die niedrigere industrielle Produktion in der ersten Jahreshälfte 2001 und auf die Türkei- und Russlandkrise zurückzuführen. Die Importe stiegen um 5% gegenüber dem Vorjahr. Die Deckungsquote der registrierten Importe durch Exporte sank von 50% 2000 auf 46,8% 2001. Das Defizit im Warenhandel konnte teilweise durch die positive Dienstleistungsbilanz kompensiert werden. Dank der Erhöhung der Einnahmen aus Transportdiensten (Transit) wurde hier ein Überschuss von 22 Mio. USD erzielt. Der Leistungsbilanzsaldo verschlechterte sich erneut und erreichte 2001 208 Mio. USD. Das schlechte Ergebnis erklärt sich aus den weiterhin rückläufigen Transferleistungen der im Ausland arbeitenden Georgier, unter anderem in Folge der Einführung der Visapflicht durch Russland. Zudem war der Zufluss von ausländischen Direktinvestitionen 2001 mit 109 Mio. USD um 16% niedriger als im Vorjahr. Die Zahlen sind jedoch vorsichtig zu interpretieren, da aufgrund von Schmuggel und unzureichenden statistischen Erhebungen ein großer Teil der Warenströme, insbesondere auf der Importseite, nicht erfasst wird, und Schätzungen des nicht-erfassten Handels durch Spiegeldaten erst seit 2000 in die Zahlungsbilanzschätzungen der NBG eingehen.

Veränderungen sind in der Struktur der Exporte und Importe zu verzeichnen. Auf der Exportseite hat der Export von Militärflugzeugen (an Russland und Turkmenistan) den Export von Schrott von Platz 1 verdrängt, gefolgt von Wein, der in erster Linie nach Russland geliefert wird. Bei den Importen dominieren nach wie vor die Energieimporte mit fast 20% der Gesamteinfuhren. Der Anteil von Maschinen und Maschinenteilen am gesamten Import stieg dagegen auf 12%, gefolgt von pharmazeutischen Produkten, die einen Anteil von 5,6% der Importe ausmachten. Rückläufig waren Tabak und Nahrungsmittelimporte. Der nach wie vor hohe Anteil von Produkten mit einem niedrigen Wertschöpfungsanteil, die häufigen Preisschwankungen unterliegen, macht die georgischen Exporte anfällig für externe Schocks.

Entwicklung der Handels- und Leistungsbilanz 1996 - 2001 (in Mio. USD)



* Prognose.

Die vier wichtigsten Handelspartner Georgiens blieben die Türkei, Russland, Aserbaidschan und Deutschland. Zusammen machte der Handel mit ihnen 50% des gesamten registrierten Handels aus. Der Exportanteil der GUS-Länder an den Gesamtausfuhren betrug 45,1%, während ihr Importanteil an den gesamten Importen 36,7% ausmachte. Die Exporte in die EU waren, bedingt durch die schwache Konjunkturlage in Europa, leicht rückläufig und lagen bei 18% der Gesamtexporte. Importe aus der EU stiegen von 23,8% der Gesamteinfuhren im Jahr 2000 auf 27,6% in 2001. Besonders drastisch war der Einbruch bei den Exporten nach Deutschland, dem wichtigsten Handelspartner Georgiens innerhalb der EU. Ihr Anteil am Gesamtexport sank von 10,4% 2000 auf 2,5% 2001, während die Importe aus Deutschland auf 10,1% der gesamten Einfuhren anstiegen. Auch hier zeigte sich die Abhängigkeit der georgischen Außenhandelsbilanzen von der Konjunkturlage seiner Handelspartner.

Eine Verbesserung der Handelsbedingungen konnte durch die Aufnahme Georgiens in das Allgemeine Zollpräferenzsystem für Entwicklungsländer (GSP) der USA und Polens erzielt werden. Damit gewähren neben der EU sieben weitere Länder Georgien einen bevorzugten Zugang zu ihren Märkten. Dennoch sind vom Exportsektor auch weiterhin keine entscheidenden Wachstumsimpulse zu erwarten, weil die dafür zentrale Voraussetzung – die Existenz einer wettbewerbsstarken Exportindustrie – fehlt.

Der nominale Wechselkurs des Lari verminderte sich aufgrund der mit den steigenden Importen und sinkenden Exporten verbundenen Devisenabflüsse gegenüber dem USD und dem Euro um 8% bzw. 10%. Intern trugen die sinkenden Steuereinnahmen und die fiskalpolitische Krise nach dem Rücktritt des Ministerkabinetts zur Schwächung des Lari bei. Dennoch hielt die Zentralbank an ihrer Politik der Nichtintervention fest. Angesichts der niedrigen Währungsreserven und der hochgradigen Empfänglichkeit der Makroökonomie für externe Schocks bleibt der freie Wechselkurs jedoch ein für das Land angemessenes Währungsregime nach Einschätzung des IWF.

Wirtschaftspolitische Maßnahmen, Privatisierung, Strukturwandel

Die wichtigsten Herausforderungen für die georgische Wirtschaftspolitik bleiben die Überwindung der extremen Armut im Lande, die Steigerung des Wachstums, die Lösung des Verschuldungsproblems, die Erhöhung der Staatseinnahmen und die Privatisierung. Das zentrale Hindernis bei der Erreichung dieser Ziele ist die inzwischen endemische Korruption und das Fehlen von „good governance“. Das Mitte 2000 verabschiedete Nationale Programm zur Korruptionsbekämpfung und der 2001 eingesetzte Rat zur Bekämpfung der Korruption erzielten

keine durchschlagenden Erfolge. Eine Vielzahl von kleineren Maßnahmen wurde per Erlass des Präsidenten ergriffen. Es fehlt jedoch auf allen staatlichen Ebenen der Wille zur Implementierung der Maßnahmen und damit zur wirksamen Eindämmung der Korruption.

Die endemische Korruption und der starke Einfluss mächtiger Interessen verhindern umfassende wirtschaftspolitische Reformen. Die Fortschritte in den für die wirtschaftliche Entwicklung entscheidenden Sektoren, wie dem Energiesektor und der Fiskalpolitik, blieben weit hinter den mit dem IWF und der Weltbank getroffenen Vereinbarungen zurück, so dass die Weltbank Georgien eine Kürzung ihrer Hilfen angedroht hat, wenn es nicht den Reformprozess beschleunigt und verabschiedete Maßnahmen und Gesetze auch umsetzt. Die Ankündigung des IWF, neue Kredite unter der PRGF freizugeben, dürfte eher eine Folge der gestiegenen internationalen Bedeutung nach den Ereignissen des 11. September 2001 sein, als eine Bestätigung des Reformkurses der Regierung.

Trotz einiger Fortschritte bei der Reform des Energiesektors sind weitere Maßnahmen erforderlich, um das Problem unzureichender Einnahmen und Infrastrukturinvestitionen und der akkumulierten Schulden zu lösen, da die unzuverlässige Energieversorgung die Wirtschaft nachhaltig beeinträchtigt. Die Schulden des Energiesektors gefährden zudem die ohnehin prekäre fiskalpolitische Stabilität. Die ins Stocken geratene Privatisierung des Energiesektors – 2001 wurde nur eine Ausschreibung beendet – sollte weiter verfolgt werden, mit dem Ziel, langfristig Einnahmen zu maximieren und die negativen sozialen Effekte der Preiserhöhung abzumildern.

Auch in anderen Sektoren kam die Privatisierung nur schleppend voran. Die Privatisierung des Telekommunikationssektors – ein Ziel des mit dem IWF vereinbarten Armutssenkungsprogramms – schreitet nicht voran. 2001 wurde nur eine Ausschreibung beendet, für die sich jedoch keine Investoren fanden. Die Privatisierung der Kleinunternehmen ist nahezu abgeschlossen. Die Zahl der zur Privatisierung bestätigten Kleinunternehmen belief sich am 1. Januar 2002 auf 13616. 16087 waren bereits privatisiert, damit ergibt sich ein Anstieg um 711 Unternehmen gegenüber dem Vorjahr. Die Privatisierung der mittleren und Großunternehmen stockte, da alle attraktiven Unternehmen bereits privatisiert sind und die verbleibenden Unternehmen substantielle Umstrukturierungen und Investitionen benötigen. Darüber hinaus verhindern einflussreiche Interessengruppen Fortschritte bei der Privatisierung. Von den auf der Prioritätenliste des Ministeriums für Staatseigentum zur Privatisierung anstehenden Unternehmen – gemäß den mit dem IWF getroffenen Vereinbarungen unter dem III. Strukturanpassungsprogramm – wurden 2001 14 Unternehmen privatisiert, zwei davon in der zweiten Jahreshälfte.

Fortschritte sind bei den Reformen des rechtlichen Rahmens für den Finanzsektor zu verzeichnen. Die Einhaltung der Baseler Kernprinzipien stellt eine signifikante Verbesserung dar. Zudem wurden die Mindestkapitalanforderungen für Banken erhöht, eine Regelung zur Vermeidung von Insider-Geschäften erlassen und internationale Buchhaltungsstandards eingeführt. Die Ausweitung der Befugnisse der Zentralbank zur Überwachung und Schließung notleidender Banken sowie die Stärkung der Bankenregulierung stehen noch aus. Sie würden jedoch das Vertrauen in den Bankensektor stärken. Insgesamt begrenzen die geringe Größe und die Fragilität des Sektors die Verfügbarkeit von Krediten und verhindern eine Intermediation, so dass ein nachhaltiges Wachstum der Realwirtschaft nicht ausreichend finanziert werden kann.

Schließlich ist die Umsetzung der wiederholt zugesagten Steuerreform entscheidend für die Aufrechterhaltung der fiskalpolitischen Stabilität. Eine Erhöhung der Steuereinnahmen ist zwingend erforderlich, wenn die sich abzeichnenden Liquiditätsengpässe vermieden werden sollen, das prekäre Schuldenproblem entschärft und der Lebensstandard der breiten Bevölkerung erhöht werden sollen. Angesichts der begrenzten institutionellen Kapazitäten und Ressourcen muss die georgische Regierung daher – wie vom IWF wiederholt angemahnt – klare Prioritäten bei den für die Armutsbekämpfung und Wachstumserhöhung zentralen Politiken, Investitionen und Ausgaben setzen.

KINKA GERKE-UNGER

Georgien

Fläche: 69, 7 Tsd. km²; Bevölkerung: 5,0 Mio.

Gesamtwirtschaftliche Indikatoren

	Einheit	1997	1998	1999	2000	2001*	2002**
Wirtschaftsleistung							
Bruttoinlandsprodukt							
BIP, nominal	Mrd. Lari	4,639	5,041	5,665	5,971	6,510	7,489
BIP, nominal	Mrd. USD	3,575	3,620	2,803	3,013	3,140	3,505
BIP, real	Veränd. gg. Vorj., %	10,6	2,9	3,0	1,9	4,5	3,8
BIP pro Kopf	USD						
	Amtl. Wechselkurs	782,5	790,2	619,6	678,8	681,7	.
	Kaufkraftparität	.	.	.	2750	.	.
BIP	Index 1989=100 ¹	29,7	30,6	31,5	32,1	33,5	34,8
Industrie	Index 1989=100 ¹	15,2	14,8	15,3	15,8	15,1	.
Produktionsentwicklung, real							
Industrie	Veränd. gg. Vorj., %	2,5	-2,6	3,4	3,2	-4,2	.
Landwirtschaft	Veränd. gg. Vorj., %	3,9	-6,6	6,9	-12,6	5,6	.
Bauwesen	Veränd. gg. Vorj., %	51,3	35,2	-21,5	4,0	8,1	.
Struktur lt. VGR							
Industrie	% des BIP	13,3	12,3	13,0	14,0	12,5	.
Landwirtschaft	% des BIP	29,0	26,7	24,7	20,0	19,2	.
Bauwesen	% des BIP	3,5	4,6	3,7	3,8	3,9	.
Dienstleistungen	% des BIP	54,2	56,3	58,6	62,4	54,2	.
Anteil des Privatsektors	% des BIP	60	70	75	.	.	.
Anteil des Privatsektors	% der Industrieprod.	.	.	48,7	51,3	.	.
Anteil des Privatsektors	% der Beschäftigten	72,3	65,4	68,7	74,9	76,8 ¹³	.

Georgien – Gesamtwirtschaftliche Indikatoren

	Einheit	1997	1998	1999	2000	2001*	2002**
Investitionen							
Brutto-Anlageinvestitionen	Reale Veränd. gg. Vorj., %	52,0	69,2	-57,1	2,0	-5,2	
Investitionsquote lt. VGR	% des BIP	15,6	24,4	14,6	14,5	14,6	14,8
Zufluss von Direktinvest., netto							
Zahlungsbilanzangaben	Mio. USD	242,5	265,3	82,3	131,1	109,0	.
darunter aus Deutschland	Mio. EUR	3,1	5,1	-5,1	1,0	5,0	.
Arbeitsmarkt							
Beschäftigte, ges., JD	Mio. Personen	2,233	1,731	1,733	1,749	1,891 ⁶	.
Männer	Mio. Personen	.	0,899	0,884	0,934	.	.
Frauen	Mio. Personen	.	0,832	0,847	0,814	.	.
in der Industrie	% d. Besch.	5,4	6,2	4,0	4,0	.	.
im Staatssektor	% d. Besch.	25,5	34,5	31,3	25,1	23,2 ⁶	.
Arbeitslosenquote, ges., JE	%	.	14,5	13,8	10,4	10,8 ⁸	.
Männer	%	.	15,4	15,3	11,1	.	.
Frauen	%	.	13,9	12,2	10,5	.	.
Geldmengen- und Preisentwicklung							
Geldmenge M2, JE	Veränd. gg. Vorj., %	35,4	-11,5	9,6	33,5	5,7	.
Zinssatz, jährl., JE	%, Rediskontsatz,	15	.
Kreditzins (nominal, JE)	%, jährl., p. a.	.	.	27	21	23	.
Inflationsrate							
Konsumgüterpreise, JD	Veränd. gg. Vorj., %	7,1	3,6	19,1	4,0	4,7	4,4
Konsumgüterpreise, JE	Veränd. gg. Vorj., %	7,2	10,7	10,9	4,6	3,4	.
Industriegüterpreise, JD	Veränd. gg. Vorj., %	.	2,4	15,7	5,8	3,6	6,0
Einkommen und Verbrauch							
Bruttolöhne, nominal, JD	Veränd. gg. Vorj., %	49,7	27,6	21,8	27,6	4,6	.
Nettolöhne, real, JD	Veränd. gg. Vorj., %	39,8	23,2	2,2	22,6	-0,1	.
Privater Verbrauch, real lt. VGR	Veränd. gg. Vorj., %	-2,6	6,0	5,6	.	.	.
Einzelhandelsumsatz, real	Veränd. gg. Vorj., %	27,5	12	4,6	8,5	.	.
Sparquote (priv. Haushalte)	% des verf. Eink.	9,9	17,8	10,7	12,2	8,0	.
Lebensstandard							
Monatslohn, JD	USD,						
brutto	Amtl. Wechselkurs	32,3	32,4	34,8	43,5	42,2	.
Brutto	Kaufkraftparität	176,3	..	.
Mindestlohn/Durchschn.-lohn	%	37,3	35,4	34,9 ¹¹	26,2 ¹¹	23,6 ¹¹	.
Altersrente/Durchschn.-lohn	%	.	20,4	24,3 ⁶	.	14 ⁸	.
Öffentliche Haushalte (kons.)							
Einnahmen	Mio. nat. Währ.	738,6	621,9	650,2	640,2	749,3	1039,0 ³
Ausgaben	Mio. nat. Währ.	1014,8	810,4	904,8	833,8	930,5	1259,0 ³
Budgetsaldo	Mio. nat. Währ.	-276,2	-188,5	-254,6	-193,6	-181,2	-220 ³
Budgetsaldo	% des BIP	-6,1	-4,9	-5,0	-2,6	-2,8	-3,0
Öffentl. Verschuldung	% des BIP	61,8	68,1	81,2	73,5	73,2	.

Georgien – Gesamtwirtschaftliche Indikatoren

	Einheit	1997	1998	1999	2000	2001*	2002**
Außenwirtschaft							
Außenhandel insgesamt¹⁰							
Export	Mio. USD	239,8	192,3	238,2	329,9	320,0	.
Import	Mio. USD	943,5	884,3	601,9	650,7	684,1	.
Handelsbilanzsaldo	Mio. USD	-703,7	-692,0	-363,7	-320,8	-364,1	.
Anteile wichtiger Handelspartner¹⁰							
Export nach							
EU	% der Exporte	8,8	19,7	29,5	20,7	18,0	.
Deutschland	% der Exporte	2,1	6,9	10,3	10,4	2,5	.
GUS	% der Exporte	38,0	24,1	23,4	30,4	45,1	.
Russland	% der Exporte	29,8	28,7	18,7	21,1	22,9	.
CEFTA	% der Exporte	1,0	.
Import aus							
EU	% der Importe	22,5	26,7	21,7	23,8	27,6	.
Deutschland	% der Importe	n/a	9,3	7,3	7,7	10,1	.
GUS	% der Importe	35,9	n/a	45,7	31,6	36,7	.
Russland	% der Importe	13,4	14,8	21,7	12,9	13,3	.
CEFTA	% der Importe	6,6	.
Handel mit Deutschland							
Deutsche Ausfuhr	Mio. EUR	49,4	58,8	87,6	46,1	82,8	.
Deutsche Einfuhr	Mio. EUR	24,2	20,7	18,5	21,2	24,5	.
Deutscher Handelssaldo	Mio. EUR	25,2	38,1	69,1	24,8	58,3	.
Gesamtwirtschaftl. Auslandsposition							
Leistungsbilanzsaldo ⁴	Mio. USD	-374,9	-388,5	-238,0	-161,7	-208,0	-188,2
	% des BIP (USD)	-10,5	-10,7	-8,5	-5,4	-6,6	.
Währungsreserven, ges., JE der Nationalbank, JE	Mio. USD	200,3	123,6	132,9	112,9	159,8	.
Wechselkurs, JD	Lari/USD	1,3158	1,7104	1,9417	1,9783	2,1367	.
	Lari/EUR	.	.	.	1,7281	1,9063	.
Realer Wechselkurs, JE	Index 1995=100	106,1	137,9	156,6	159,6	172,4	.
Terms of Trade	Index 1990=100	89	100
Auslandsverschuldung,							
Brutto, Dez.	Mio. USD	1486,00	1627,36	1635,70	1556,16	1600,79	.
Netto, Dez.	Mio. USD
Brutto	% des BIP	41,6	44,9	57,7	49,3	50,4	.
Schuldenquote (brutto)	% der Exporte	273,16	275,87	299,41	141,02	160,95	.
Schuldendienstquote ⁵	% der Exporte	6,0	12,8	14,6	10,0	7,5 ¹¹	5,6

Anmerkung: * = vorläufige Angaben; ** = Prognose; JD = Jahresdurchschnitt; JE = Jahresende.

¹ Jahr vor dem ersten transformationsbedingten Einbruch; ² Daten für Januar bis September; ³ Lt. verabschiedetem Haushalt für 2002;

⁴ Neue Berechnungsweise ab 1999, ⁵ Nach Umschuldung in Prozent der GNFS Exporte; ⁶ Daten für die erste Jahreshälfte; ⁷ Quote am Ende von QIII 2001; ⁸ Prozentualer Anteil der Rente am Existenzminimum des durchschnittlichen Konsumenten; ⁹ Registrierte Im- und Exporte ¹⁰ Anteile basieren auf registriertem Handel; ¹¹ Schätzung; ¹² Daten für das erste Quartal.

Quellen: National Bank of Georgia, Bulletin of monetary and banking statistics, N 12 (34), 2001, January-December; Ministry of Finance and National Bank of Georgia, Bulletin of Monetary and Banking Statistics; Tacis, Georgian Economic Trends; IMF, Armenia, Georgia, Kyrgyz Republic, Moldova, and Tajikistan: External Debt and Fiscal Sustainability, February 7, 2001; IMF, Georgia: Recent Economic Development and Selected Issues, Country Report No. 211, November 2001; IMF: Georgia: 2001 Article IV Consultation, First Review Under the Three-Year Arrangement Under the Poverty Reduction and Growth Facility, and Request for Waiver of Performance Criteria, Country Report No. 212, November 2001; IMF/WB, Poverty Reduction, Growth and Debt Sustainability in Low-Income CIS Countries, February 2002; EBRD, Transition Report, London 2002; EIU, Country Report Georgia Armenia, London, May 2002; EIU Country Profile Georgia Armenia, London 2001; CASE, Economy of Georgia, IV Quarter, Tbilisi 2002; Statistisches Bundesamt, Außenhandelsstatistiken; eigene Berechnungen.